

GOLF-STAATEN (KUWAIT, BAHRAIN, SAUDI-ARABIEN, KATAR, OMAN, VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE)

Gidon Windecker

NACHHALTIGE KLIMAPOLITIK – NOTWENDIGKEIT, CHANCE ODER GEFAHR?

Die Golf-Staaten haben lange Zeit alles auf eine Karte gesetzt: Wohlstand durch Öl- und Gasexport. Die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und unkontrolliertes Wachstum haben währenddessen ihre negativen Spuren hinterlassen und den Monarchien ein Image als Umweltsünder angehaftet. Der weltweit höchste Energie- und Wasserverbrauch sowie der höchste CO₂-Ausstoß pro Kopf finden sich beide im Arabischen Golf. Somit rangieren die Golf-Staaten allesamt unter den 15 größten Klimasündern weltweit. Umweltschutz wurde in der Öffentlichkeit bisher kaum diskutiert und einen Mehrwert sah man darin nur vereinzelt. Zu hoher CO₂-Ausstoß durch die Energieerzeugung, Wasser- und Bodenverschmutzung, Reduzierung der Artenvielfalt sowie Luftverschmutzung durch Bauarbeiten und Verkehr sind nur ein paar der Nebenerscheinungen der rasanten Modernisierungsentwicklung am Golf. Sie zeigen den Golfmonarchien die Grenzen ihrer Nachhaltigkeit auf. Um zu verstehen, weshalb die Monarchen trotz dramatisch negativer Auswirkungen ihres Handelns bisher häufig als Bremser in der globalen Klimapolitik aufgetreten sind, muss man sich verdeutlichen, welche Rolle Öl und Gas in der Region spielen.

Sechs der im Golf-Kooperationsrat zusammengefassten Länder verfügen gemeinsam über weltweit 30 Prozent der Erdöl- und 20 Prozent der Erdgasvorkommen. Die fossilen Rohstoffe sind nicht nur ihr dominanter Wirtschaftszweig (50 Prozent der Wirtschaftsleistung) und für den Großteil ihres Staatshaushalts verantwortlich (90 Prozent), sondern sorgen gleichzeitig auch für die politische Stabilität. Die Umwelt muss das Nachsehen haben, denn wirtschaftliche Gewinne und die damit verbundene Alimenterung der Bevölkerungen in Form von finanziellen Zuschüssen dienen dem Machterhalt der Herrscherhäuser. Großzügige Sozialleistungen und Gehälter für Staatsbedienstete sowie subventionierte Energie und Wasser sind die Säulen des *contract social* zwischen Regierung und Bürgern. Verbindliche Klimaschutzabkommen und die daraus folgenden Minderungen im globalen Öl- und Gasverbrauch stellen daher sowohl eine wirtschaftliche als auch eine politische Bedrohung dar. Bei internationalen Klimaverhandlungen

blockierten die Golfländer bisher aus genau diesem Grund jegliche Vorstöße zu verbindlichen Vereinbarungen.

Ernstzunehmende Gefahren für die Golf-Staaten birgt auf der anderen Seite jedoch auch der Klimawandel. Die Länder am Golf sind im Sommer bereits einer extremen Hitze und Dürre ausgesetzt und liegen zudem niedrig. Das extreme Klima in der Region wird durch den Klimawandel noch weiter verschärft. Die Verwüstung wird zunehmen, der Niederschlag nimmt ab, der Grundwasserspiegel sinkt und der Salzgehalt steigt, das Land wird aride und nicht zuletzt bedroht der steigende Meeresspiegel die dicht besiedelten Küstenregionen. Aus diesen Gefahren erwächst die Notwendigkeit, umzudenken und sich nachhaltiger Klimapolitik zu öffnen.

Ein langsamer Wandel hin zu einer progressiveren Klimapolitik scheint in den Herrscherhäusern am Golf immerhin Einzug zu halten. Das Notwendigkeitsbewusstsein für nachhaltige Klimapolitik wächst aus der Einsicht darüber, dass Klimaschutz auch im nationalen Interesse liegt. Anders als in Europa findet dieser seinen Ursprung in erster Linie nicht in moralischen und verantwortungsethischen Überlegungen, sondern entspringt ausschließlich rein rational-pragmatischen Beweggründen. Die Golf-Staaten stehen mit dem Verlust ihrer Biodiversität, negativen Implikationen für die Ernährungssicherheit, Gesundheitsproblemen in der Bevölkerung aufgrund von Hitze und vermehrten Sandstürmen sowie energiepolitischen Herausforderungen durch den rapide steigenden Stromverbrauch (der Stromverbrauch der Golf-Staaten wird sich bis 2020 mit über 850 Terawattstunden fast verdoppeln) vor einer Bewährungsprobe, die eine nachhaltige und diversifizierte Klimapolitik unumgänglich macht. Die bisherigen Kraftwerkskapazitäten würden nicht mehr ausreichen und hohe Opportunitätskosten anstehen, da Gas und Öl nicht mehr in gewohntem Maße auf dem Weltmarkt verkauft werden könnten, sondern zur Eigennutzung eingesetzt werden müssten. Das rapide Bevölkerungswachstum in der Region wird diesen Trend nur befeuern.

Die Zukunft liegt in alternativen Energieformen wie der Solarenergie. Aber auch die Kernenergie ist eine viel diskutierte Option in den Golf-Staaten. Katar plant für 2015 ein Solarkraftwerk mit einer Leistung von 3.500 Megawatt, die Vereinigten Arabischen Emirate

(VAE) setzen auf vier Atomkraftwerke aus Südkorea, so auch Saudi-Arabien. Zu viele Menschen lassen sich aber weiterhin vom Komfort und dem mühelosen Gewinn blenden, den die Öl- und Gaswirtschaft mit sich bringt. Eine latente Sensibilisierung für die Problematik des Klimawandels findet jedoch statt, wonach bei einer Umfrage des *Arab Forum for Environment and Development* immerhin 83 Prozent der Menschen im Golf angeben, der Klimawandel sei ein ernstes Problem für ihr Land. Nur 37 Prozent der Befragten bescheinigen ihrer Regierung jedoch genug Aktivität im Kampf gegen den Klimawandel, 44 Prozent bekundeten ihre Unzufriedenheit über das Handeln ihrer Staatsführung.

Auf der internationalen Bühne zeigten Katar, die VAE und Saudi-Arabien überraschenderweise erstmals Kompromissbereitschaft bei verbindlichen Emissionszielen während der VN-Klimakonferenz 2012 in Doha (COP18). Unter den Ländern des Golf-Kooperationsrates lassen sich klimatechnisch zwei Gruppen festmachen: die eher progressiven VAE und Katar auf der einen Seite, das blockierende Saudi-Arabien, Bahrain, Oman und Kuwait auf der anderen.

Die VAE und Katar vermarkten sich als Grüne Vorreiter am Golf. Durch ihre zahlenmäßig kleine eigene Bevölkerung und das hohe Pro-Kopf-Einkommen durch den Öl- und Gasexport verfügen beide Staaten über die entsprechenden Mittel, um ihre Wirtschaft zu diversifizieren und diesen Prozess durch Imagepflege und *public diplomacy* öffentlichkeitswirksam zu kommunizieren. Die VAE nahmen aktiv am *Cartagena Dialogue* teil, einer informellen Gruppe ambitionierter Industrie- und Entwicklungsländer, welcher von Beobachtern für die überraschend positiven Ergebnisse der Verhandlungsrunde von Cancún verantwortlich gemacht wird. Katar zeigt sich auf den ersten Blick zwar nicht ganz so progressiv wie die VAE, wirkt aber konstruktiv hinter den Kulissen mit. Die Bewerbung um und die Ausrichtung der VN-Klimakonferenz in Doha Ende 2012 (COP18) verdeutlichen das wachsende Interesse des Emirats am Thema Klimawandel. Zum einen wurde damit die internationale Aufmerksamkeit auf Katars Klimapolitik gerichtet, zum anderen hatte der Gastgeber ein entscheidendes Interesse daran, die Verhandlungen zu einem Erfolg zu bringen.

Warum die VAE und Katar zunehmend Bereitschaft in Sachen Klimapolitik an den Tag legen, lässt sich damit erklären, dass die VAE von allen Golf-Staaten am wenigsten von Öleinnahmen abhängig sind, die bereits am weitesten diversifizierte Wirtschaft haben und Katar hauptsächlich Erdgasexporteur ist, was wesentlich umweltfreundlicher als das Ölgeschäft ist. Die beiden Golf-Staaten scheinen mittlerweile den Kli-



In Katar werden Flüssiggas und synthetische Kraftstoffe hergestellt.

maschutz als Chance begriffen zu haben, sich zu profilieren und neue Geschäftszweige zu erschließen. Es mischen sich daher medienwirksame Prestigeobjekte wie bspw. die Masdar City in Abu Dhabi und der Sitz der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) – ebenfalls in der emiratischen Hauptstadt – mit Investitionen in Forschung und Entwicklung im Bereich der *green economy* und der Klimawissenschaften. In diesem Zusammenhang ist bspw. das Center for Climate Research in Doha zu erwähnen, welches während der COP18 in Kooperation mit dem deutschen Potsdam Institute for Climate Impact Research entstanden ist. Bis 2024 setzt sich Katar das Ziel, seine Energieversorgung zu 20 Prozent aus erneuerbaren Energien zu beziehen. Abu Dhabi plant bis 2020 auf sieben Prozent, Dubai auf fünf Prozent erneuerbare Energien zu setzen. Im Vergleich dazu ist die saudische Position von der Angst geprägt, dass Öl in der Klimadebatte zum Hauptübeltäter gemacht wird. Aus dieser Befürchtung speisen sich die Forderungen, dass ölexportierende Länder für wirtschaftliche Einbußen durch Klimaregulierungen kompensiert werden müssten. Bahrain, Oman und Kuwait teilen die saudische Position.

Trotz progressiverer Töne der VAE und Katar ist zusammenfassend festzuhalten, dass die Golf-Staaten immer noch vor Maßnahmen der UNFCCC scheuen. Es fehlt an einer einheitlichen nationalen, geschweige denn einer regionalen Klimastrategie. Bis Ende 2013 konnte kein Land des Golf-Kooperationsrates sektorübergreifende Klimaziele und eine Adaptionsstrategie vorweisen. Für das Weiterbestehen der Golfmonarchien ist eine Umstellung ihrer Wirtschaften jedoch unumgänglich, wenn sie den Wohlstand ihrer Untertanen garantieren wollen. Dies ist langfristig jedoch nur durch den Aufbau von Wissens- und CO₂-armen Gesellschaften möglich.